

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Die Holz- und Möbelindustrie im ersten Quartal	2
Die Kunststoffindustrie im ersten Quartal 2002	3
Tarifrunde 2002 – Neue Abschlüsse für Holz und Kunststoff	3
EU Chemikalienpolitik – schärfere Richtlinien	4
Steuernummer auf Unternehmensrechnungen	5
Basel II – Chance oder Risiko für den Mittelstand	6
Betriebsferien der Möbelhersteller im Internet	8
Werbekampagne der Tischler in NRW	8
Was wissen Sie über Litauen?	9
Untersuchungsvorhaben Einbruchhemmung bei Türen	10
Umwelt-Fachseminare im Angebot	10

Die Holz- und Möbelindustrie im ersten Quartal 2002

Dass sich die deutsche Holz- und Möbelindustrie derzeit in einer ihrer schwierigsten Phasen der letzten Jahrzehnte befindet, ist mittlerweile nicht alleine Branchenkennern bekannt. Kurzarbeit, Betriebsstillegungen oder gar Insolvenzen sind die untrüglichen Zeichen eines schmerzhaften Konsolidierungsprozesses und die Folgen von Rezession, Kaufzurückhaltung und Flaute am Bau. Diese düstere Lage vieler Hersteller spiegelt sich selbstverständlich auch in den aggregierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes, die jetzt für den Monat März und damit das erste Quartal 2002 vorliegen, wider.

In den ersten drei Monaten des Jahres erzielte die Holzindustrie insgesamt einen Umsatz von 9,1 Milliarden € und damit 9,3 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mit einem Minus von 13,3 Prozent war der Monat März der bislang schlechteste dieses Jahres. Derzeit zählt die Statistik rund 3.200 Betriebe (-5,7%) und 261.000 Beschäftigte (-6,0%). Im Holzgewerbe betrug der Rückgang der Umsatzzahlen im März gut 11 Prozent und drückte damit das Quartalsergebnis um 7,4 Prozent unter den Vorjahreswert. Besonders ausgeprägt ist das Minus bei der Veredlung von Holzwaren, die im März um 17 Prozent und im ersten Quartal sogar um 19 Prozent nachgaben. Ebenfalls im Minus, allerdings unter dem Branchenschnitt schlossen die Hersteller von Bauelementen mit -6,0 Prozent für das Quartal bzw. die Holzwerkstoffindustrie mit -5,0 Prozent ab. Hier könnte sich vorsichtig andeuten, dass die schlimmsten Zeiten im Neubaugeschäft möglicherweise bald überstanden sind.

Auch für die Möbelindustrie verlief sowohl der Monat März als auch das gesamte erste Quartal alles andere als zufriedenstellend. Waren schon der Januar und Februar mit Rückgängen von 5 bzw. 10 Prozent deutlich schlechter verlaufen als im Jahr zuvor, ging es im März mit 15 Prozent nochmals verschärft bergab. In der Summe wurden in den ersten drei Monaten des Jahres Möbel im Wert von 5,2 Milliarden Mark umgesetzt und damit knapp 11 Prozent weniger als im ersten Quartal 2001.

Federn lassen mussten sämtliche Teilsparten der Möbelindustrie, wobei die Hersteller von Wohn-, Ess- und Schlafzimmern Möbeln mit einem Rückgang von knapp 17 Prozent besonders hart getroffen waren. Deutliche Rückschläge auch für die Hersteller von Büro- und Ladenmöbel, die zwischen Januar und März 11 Prozent weniger umsetzten. Sitzmöbel lagen mit 8,3 Prozent und Küchenmöbel mit 7,4 Prozent im Minus. Lediglich die Mat-

ratzenhersteller konnten ihre Umsätze gegen den Trend um knapp 7 Prozent steigern.

Die Zahl der Betriebe ging in der gesamten Möbelindustrie im Vergleich zu den ersten drei Monaten des Jahres 2001 um 3,7 Prozent auf 1.353 Einheiten mit mehr als 20 Beschäftigten zurück. Auch die Zahl der Beschäftigten sank um 4,4 Prozent auf 153.000 Arbeiter und Angestellte.

In der Anlage finden Sie eine Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung der Branche im ersten Quartal 2002.

Die Kunststoffindustrie im ersten Quartal 2002

Für die Hersteller von Kunststoffwaren verlief der März 2002 mit einem Minus von rund 9 Prozent deutlich schlechter als in den beiden vorangegangenen Monaten. In der Summe führte dies zu einem Rückgang von 5,3 Prozent im ersten Quartal 2002.

Ein Blick auf die einzelnen Bereiche der Kunststoff verarbeitenden Industrie macht deutlich, dass insbesondere die Hersteller von Baubedarfsartikeln sowie von Platten und Folien unter der derzeitigen Konjunktur zu leiden haben. So ging der Umsatz der Bauartikel um knapp 8 Prozent und der Platten und Folien um rund 7 Prozent zurück. Mit einem geringen Minus von 0,7 Prozent konnten die Verpackungshersteller ihr Vorjahresergebnis knapp behaupten. Sonstige Kunststoffwaren wurden zu 5 Prozent weniger umgesetzt.

Diese negative Entwicklung macht auch vor den Betrieben und Arbeitsplätzen nicht halt. Die Zahl der Beschäftigten ging in den ersten drei Monaten des Jahres um 3,3 Prozent auf aktuell 288.000 zurück, die Anzahl der Betriebe verringerte sich im gleichen Zeitraum um 2,1 Prozent auf 2.800 registrierte Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.

In der Anlage finden Sie ebenfalls eine Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Quartal 2002.

Tarifrunde 2002 – Neue Abschlüsse für Holz und Kunststoff

Die Tarifrunde 2002 ist derzeit für unsere Branche in der entscheidenden Phase. Nachdem im April bereits die Tarifbezirke Rheinland-Pfalz und Hessen Abschlüsse erzielt haben, die eine

Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,1 bzw. 3,0 Prozent festlegen, folgten bzw. folgen weitere Bezirke im Mai.

Kurz vor Pfingsten einigte sich der baden-württembergische Verband mit der IG Metall auf einen Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 22 Monaten, der eine zweistufige Lohn- und Gehaltsanhebung von 3,0 in diesem und 2,5 Prozent im kommenden Jahr vorsieht. In den Bezirken Nordrhein und Westfalen-Lippe wurden der derzeitige Verhandlungsstand zum Verhandlungsergebnis erklärt und damit eine Tarifsteigerung von 3,0 beschlossen. Die Tarifverhandlungen in Thüringen gehen in die Schlichtung, nachdem von Arbeitgeberseite das Scheitern erklärt wurde.

EU Chemikalienpolitik – schärfere Richtlinien drohen

Die EU-Kommission arbeitet derzeit intensiv an einer Neuordnung der europäischen Stoff- und Chemikaliengesetzgebung. Hierzu wurde bereits im vergangenen Jahr das Weißbuch „Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik“ vorgelegt, das den Rahmen setzen soll für den zukünftigen Umgang mit Chemikalien innerhalb der EU. Unter dem Stichwort Nachhaltigkeit soll der Schutz von Gesundheit und Umwelt stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Das Weißbuch, das sich derzeit in den Beratungen befindet und voraussichtlich im Herbst in erste Richtlinien-Vorschläge münden wird, sieht eine Bewertung und Registrierung von chemischen Substanzen vor. In einem ersten Schritt sollen neue Substanzen ein verschärftes Anmeldeverfahren durchlaufen, das in einem zweiten Schritt auch auf sogenannte „Altstoffe“ übertragen werden soll. Auf diese Weise soll eine größere Transparenz hinsichtlich gesundheitlicher und Umwelt-Einflüsse erzielt werden.

Was auf den ersten Blick eher technisch, bürokratisch aussieht, entfaltet bei näherer Betrachtung weitreichende Konsequenzen, die über die Chemieindustrie als hauptbetroffenen Industriezweig hinausgehen: Umfangreiche Tests für die Bewertung und Registrierung können je nach Intensität extrem teuer werden, was die Preise für diese Produkte – auch in der Weiterverarbeitung – erhöht. Sofern bei der Bewertung nicht akzeptable Gesundheits- oder Umwelt gefährdende Wirkungen festgestellt werden, können Anwendungsbeschränkungen oder gar Verbote für diese Produkte ausgesprochen werden. Denn das Weißbuch zielt auf nachweislich Krebs erzeugende oder Erbgut verändernde Stoffe, die ein gesondertes Zulassungsverfahren bekommen sollen.

Neben den Herstellern und Importeuren von Stoffen werden nach derzeitigem Stand des Weißbuches auch die Weiterverarbeiter oder Anwender zur Registrierung der eingesetzten Stoffe verpflichtet sein, sofern die beabsichtigte Verwendung von den Vorgaben des Herstellers abweicht. Das heißt z.B., dass falls ein Lack oder ein Klebstoff nicht für die Verwendung in Innenräumen geprüft und registriert ist, der Weiterverwender diese (kostspielige) Registrierung vornehmen muss. Mögliche Folge: Da die Kosten der Registrierung bei Spezialprodukten, die in kleinen Mengen hergestellt werden, stärker durchschlagen, können sich diese Produkte stark verteuern oder im Endeffekt ganz vom Markt verschwinden. Der Verband der Chemischen Industrie rechnet bereits damit, dass 20 bis 40 Prozent der kleineren Stoffe verloren gehen werden, womit die Vielfalt der Produkte auf dem Spiel steht.

Im derzeitigen Stand der Diskussion gilt es in erster Linie ein überzogenes und damit teures Zulassungssystem zu verhindern. Gemäß einer ersten Kostenanalyse droht den Unternehmen in der EU eine zusätzliche Kostenbelastung von bis zu 7 Milliarden €. Diese Kosten gilt es abzuwehren.

Bei einem Gespräch in der Generaldirektion Umwelt in Brüssel konnten wir in Erfahrung bringen, dass die ursprünglich angestrebte generelle Registrierung sämtlicher Chemikalien voraussichtlich nicht kommen wird. Für die verbleibenden Stoffe gilt es jetzt im Schulterschluss mit dem BDI und anderen betroffenen Gruppen, die Prüfungsanforderungen zu reduzieren. Außerdem wird es unsere Aufgabe als Anwender von chemischen Stoffen sein, die Hersteller dieser Substanzen zu einer exakten Dokumentation der Eigenschaften und Gefahren auf den Produktdatenblättern zu bewegen.

Steuernummer auf Unternehmensrechnungen ab Juli

Kampf dem Steuerbetrug! So rechtfertigt Finanzminister Eichel eine neue Vorschrift, wonach ab dem 1. Juli 2002 auf sämtlichen Unternehmens-Rechnungen die finanzamtsbezogene Steuernummer vermerkt sein muss. Teuer, anfällig für Missbrauch und kurzfristig sagen wir und haben das Finanzministerium aufgefordert, die Änderungen zu stoppen. Denn neben den hohen Umstellungskosten, die unsere Branche mit überwiegend klein und mittelständig geprägten Unternehmen besonders treffen, besteht mit dieser Neuregelung die Gefahr des Datenmissbrauchs und der Aufweichung des Steuergeheimnisses.

Aufgrund der langjährigen Praxis, in der nur Berechtigte im Besitz der Steuernummer eines Unternehmens waren, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch zukünftig seitens der Finanzverwaltung Informationen bei Nennung dieser Nummer weiter gegeben werden. Da die Steuernummer gerade bei Einzelunternehmen auch persönliche Daten des Unternehmers enthält und in unseren Branchen die Einzelunternehmen zu mehr als 70 Prozent vertreten sind, ergibt sich eine zusätzliche Benachteiligung.

Angesichts dieser großen Unsicherheiten und auch angesichts der Kosten halten wir es deshalb für dringend geboten, statt der finanzamtsbezogenen Steuernummer die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer zu verwenden. Da dies ab dem 1. Januar 2004 mit Umsetzung der Änderungen zur 6. Mehrwertsteuer-Richtlinie ohnehin erforderlich sein wird, könnte den Unternehmen eine zweimalige Umstellung ihrer Rechnungen und damit auch eine zweimalige zusätzliche Kostenbelastung erspart bleiben.

Basel II – Chance oder Risiko für den Mittelstand

Das Thema Basel II sorgt weiterhin in vielen mittelständisch geprägten Unternehmen für große Verunsicherung. Wird es auch in Zukunft noch möglich sein, von der Bank ein Darlehen zu bekommen? Kann ich als Unternehmer vor den (neuen) Kriterien eines bankinternen Ratings bestehen? Welche Details muss ich bei einer solchen Prüfung offenbaren? Fragen, die auch die Unternehmen der Holz- und Möbelindustrie betreffen und die derzeit zum Teil äußerst emotional diskutiert werden. Verständlich genug, denn bereits heute spüren einige Unternehmen unserer Branche eine zunehmende Zurückhaltung der Banken bei der Vergabe neuer Kredite.

Worum geht es? Klar ist, dass durch Basel II die Kreditvergabe zukünftig stärker an der individuellen Bonität der Unternehmen ausgerichtet sein wird. Jedes Unternehmen wird einen eigenen Risikofaktor bekommen, der Auskunft darüber gibt, wie wahrscheinlich eine Rückzahlung des Kredites ist. Diese individuelle Risikogewichtung hat dann Auswirkungen auf die Kreditkosten. Dieser individuelle Risikofaktor muss entweder über ein externes Rating einer Ratingagentur oder – gerade für den Mittelstand wahrscheinlicher – über ein internes Bank-Rating gefunden werden. Beim internen Rating sind die Anforderungen etwas günstiger. Zum Zeitplan: Nach einer dritten Konsultati-

onsrunde, in der insbesondere die Bedingungen für den Mittelstand (Retailgeschäft) verbessert werden, erfolgt die voraussichtliche Verabschiedung von Basel II im Herbst 2003. Ende 2003 / Anfang 2004 soll dann die zugehörige EU-Tätigkeitsrichtlinie verabschiedet werden, mit einer nationalen Umsetzung ist ab 2006 zu rechnen.

Wichtig für den Mittelstand: Ab 2006 wird die Mehrzahl der Kreditinstitute ein internes Rating vornehmen, um die Vorgaben der Bankenaufsicht (Basel II) zu erfüllen. Da sich die Banken für dieses interne Rating sehr intensiv mit ihren Kunden unterhalten müssen, wird die Verbindung Bank-Unternehmen wesentlich intensiver und vor allem dauerhafter, da die Kreditnehmer nicht nur bei der Kreditvergabe, sondern vielmehr laufend Informationen liefern müssen. Im Gegenzug hierzu erhalten die Kunden auch eine laufende Einschätzung ihrer Bonität. Einstellen müssen sich die Unternehmen zudem auf einen neuen Typus von Kreditberater, der wegen der laufenden Bonitätseinschätzung vom Sachbearbeiter zum Berater mutieren könnte. Basel wird damit den Ratingprozess voraussichtlich transparenter machen.

Eine Untersuchung zum Thema bei ca. 6.000 Unternehmern in Deutschland hat unter anderem folgende Ergebnisse hervorgebracht:

- Die Kreditvergabepraxis der Banken hat sich zum Teil heute schon geändert und setzt verstärkt auf individuelles Rating.
- Jedes dritte Unternehmen berichtet, dass die Finanzierungsbedingungen schwieriger geworden sind, zwei Drittel spüren keine Veränderung. Mittelgroße Unternehmen scheinen von diesem Wandel weniger betroffen.
- Konjunkturell angeschlagene Branchen (Einzelhandel, Bau) und Unternehmen in Ostdeutschland sind von diesem Wandel besonders betroffen.
- Die Finanzierung von Investitionsgütern erschwert sich besonders für kleine Unternehmen.
- Das Spektrum der Finanzierungsmöglichkeiten für die Unternehmen wird breiter.
- Die Finanzierung über Beteiligungskapital wird voraussichtlich an Bedeutung gewinnen.
- Viele Unternehmen wollen versuchen, ihre Bonitätseinstufungen im Hinblick auf Basel II z.B. durch größere Transparenz, verstärkte Kommunikation mit den Banken oder einer Erhöhung der Eigenmittel zu verbessern.
- Als Hauptgrund für die Ablehnung eines Kredites wird das fehlende Eigenkapital gesehen.

Eine Eigenkapital-Initiative hält deshalb nicht nur der BDI für dringend erforderlich, was in erster Linie über eine nachhaltige Steuerentlastung geschehen muss.

Service des VDM: Betriebsferien der Möbelhersteller im Internet

Bereits über 600 Einträge über die Betriebsferien deutscher wie internationaler Möbelhersteller sind ab sofort auf unserer Internet-Seite www.wohninformation.de einsehbar. In alphabetischer Reihenfolge finden Interessierte die Anschriften und die Angabe über die geplanten Betriebsferien der Unternehmen. Die Datei wird ständig erweitert. Alle Möbelhersteller, die sich noch nicht im Verzeichnis befinden, können eine Mail an u.geismann@wohninformation.de schicken und werden sofort ebenfalls ins Netz gestellt. Dieser neue Service des VDM dient vor allem dem Handel. Zeiten für Touren und Lieferungen können so besser geplant und Termine gegenüber dem Endkunden genauer angegeben werden.

Die Werbekampagne der Tischler in NRW richtet sich nicht gegen die Möbelbranche

„Tischler starten Werbekampagne gegen die Möbelbranche“ titelte der Branchen-Internetdienst moebelnews.de vor einigen Tagen und berichtete von einer Werbekampagne des Tischlerhandwerks in Nordrhein-Westfalen, die sich angeblich „direkt gegen Möbel von der Stange und damit gegen Möbelindustrie und Möbelhandel“ richtet. Eine Nachfrage beim Tischlerhandwerk reichte aus, um Entwarnung zu geben. Die Kampagne richtet sich gegen niemanden und ist nicht aggressiv. Sie stellt lediglich die Stärken der Tischler heraus – was ja legitim ist – und wirbt dafür, sich Möbel individuell vom Handwerker anfertigen zu lassen. Der Etat der Kampagne, die im April des Jahres mit dem Schwerpunkt Großplakate anlief, beläuft sich auf 700.000 Euro, für angekoppelte Aktivitäten auf regionaler Ebene sollen weitere Mittel von bis zu 350.000 Euro aktiviert werden.

Was wissen Sie über Litauen?

Die baltischen Staaten, Litauen, Lettland und Estland sind bekanntlich EU-Beitrittskandidaten für das Jahr 2004. Vilnius, Riga und Tallin sind als ihre Hauptstädte den Westeuropäern geläufig. Doch darüber hinaus wird aber eher wenig mit den Ostseegebieten der ehemaligen Sowjetunion verbunden. Die Älteren erinnern sich vielleicht an die einstige Nähe dieser Region zu Ostpreußen, der ein oder andere assoziiert mit dem Baltikum nur den Bernstein.

Im Rahmen eines von der EU finanzierten Projekts zur Hilfestellung und Beobachtung der Beitrittskandidaten konnte der HDH jetzt eine Informationsreise nach Litauen unternehmen. Ein Holz- und Möbelerverband hat sich dort bereits gebildet, dessen Mitglieder sich in sechs unterschiedlichen Holdings aufgestellt haben. Eine Holding, die LIBRA Group, mit ihren 9 Einzelbetrieben konnte unter die Lupe genommen werden. Der hochmotivierte Geschäftsführer, Tomas Juska, zeigte voller Stolz die Unternehmen seiner Gruppe. Sein Stolz ist berechtigt. Die Litauer haben in der kurzen Zeit ihrer jungen Republik sehr zielorientiert ihre heimische Wirtschaft auf Vordermann gebracht. Insgesamt ist die litauische Holzwirtschaft der viertwichtigste Wirtschaftsfaktor im kleinen 3,5 Millionen Menschen Staat. Daneben sind die Lebensmittelbranche, die Textilbranche und die Ölindustrie von Bedeutung. Mit 31 Prozent Waldfläche hat Litauen eine optimale Ausgangslage, um den im eigenen Land nachwachsenden Rohstoff Holz weiter zu verarbeiten. Im Durchschnitt sind die Holzpreise um mindestens 20 Prozent billiger als bei uns. Bei dem wichtigen Faktor Personalkosten sind die Litauer derzeit noch preiswerter als die Polen, Ungarn oder Rumänen. Ein Mitarbeiter in der Holzverarbeitung verdient im Durchschnitt 250 - 300 € im Monat. Die Litauer bleiben bei diesen Bedingungen sehr realistisch. Investiert wird nur so viel, wie verdient wurde. Arbeitsplätze und Bruttonutzen steigen langsam, dafür aber kontinuierlich. Der große Schwede IKEA lässt seit zwei Jahren im Land produzieren. Die Qualitätsmaßstäbe, die technische Ausstattung und die Motivation der Angestellten sind gut.

Der HDH überlegt daher, eine Informationsreise nach Litauen anzubieten, die interessierten deutschen Unternehmern die Möglichkeit bietet, Land und Industriestrukturen kennenzulernen. Kooperation, Zulieferung oder engere Zusammenarbeit halten wir derzeit für sehr realistisch. Wer sich für das Thema interessiert kann per Fax weitere Informationen zu Litauen anfordern. Auch würden wir uns über Ihr Feedback zur Idee der

Unternehmerreise freuen. Über die Ergebnisse halten wir Sie *direkt* auf dem laufenden.

Stiftung Warentest plant Untersuchungsvorhaben Einbruchhemmung bei Türen

Die Stiftung Warentest hat eine Liste mit geplanten Untersuchungsvorhaben vorgelegt, die unter anderem auch das Thema

Einbruchhemmung bei Türen (14/ 143 / 02)

enthält. In die Untersuchung sollen mechanische und elektronische Tür-Sicherungssysteme gegen Einbruch einbezogen werden. Durch eine möglichst breit angelegte Marktauswahl soll der Verbraucher umfassend über die teilweise sehr unterschiedlichen Systeme informiert werden.

Zu dieser Warenkunde mit Teilprüfungen gehören auch Hinweise sowie Informationen zu Einbau, Sicherheitsstrategie, Beratungsmöglichkeiten und –qualität. Gegebenenfalls können in einem Systemvergleich mit Teil- oder Vollprüfungen sog. Sicherheitstüren bzgl. Funktion und Schutzwirkung mitbetrachtet werden. Derzeit steht noch nicht fest wann der Sachverständigenrat zu diesem Untersuchungsvorhaben tagt. Wir werden Sie aktuell informiert halten.

Umwelt-Fachseminare im Angebot

Das Landesgewerbeamt Baden-Württemberg bietet zwei Umweltfachseminare an. Am 5. Juli 2002 wird in Ulm alles rund um das Thema „Wasserlacke in Theorie und Praxis“ angeboten. Am 12. Juli des Jahres findet in Stuttgart eine Veranstaltung zum Thema „Öle und Wachse in Theorie und Praxis“ statt. Mit dem beiliegenden Faxantwortbogen können Sie bei uns die Agenda der beiden Seminare erhalten. Anmeldungen nimmt das Landesgewerbeamt in Stuttgart direkt entgegen.